

Lavalplatz 3, 40822 Mettmann

An die
Bürgermeisterin der Stadt Mettmann
Per Mail

Florian Peters
Fraktionsvorsitzender
Lavalplatz 3
40822 Mettmann

Fon: 0163/7653200
Florian.Peters@spdmettmann.de

03.11.2020

Antrag für die Sitzung des Rates der Stadt Mettmann am 15.12.2020

- 1. Beitritt zu dem Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“**
- 2. Verabschiedung der Resolution „Kommunale Handlungsfähigkeit erhalten“**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

unter dem Namen "Raus aus den Schulden - Für die Würde unserer Städte" haben sich bis zum Mai 2020 bereits 70 Kommunen parteiübergreifend und auf Zeit zusammengeschlossen mit dem Ziel, eine bessere Finanzausstattung und die Entschuldung der unterfinanzierten Kommunen zu erreichen.

Aktuell haben die Oberbürgermeister, Bürgermeister und Kämmerer umliegender Städte, Kreise und Kommunen außerdem eine Online-Petition gestartet - mit dem Anspruch aller BürgerInnen des Landes NRW auf handlungsfähige Kommunen und gleichwertige Lebensverhältnisse.

Im Interesse unserer finanziellen Handlungsfähigkeit als Kommune beantragt die SPD Fraktion, dass die Stadt Mettmann – vertreten durch die Bürgermeisterin und die Kämmerin

1. dem Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" beitrifft

und der Rat der Stadt Mettmann

2. anhängende Resolution „Kommunale Handlungsfähigkeit erhalten“ beschließt.

Begründung:

Bereits in der Stellungnahme der SPD Fraktion zum Haushalt 2020 haben wird festgehalten:

„Was wir wirklich brauchen und von Bund und Land fordern, ist eine direkte finanzielle Unterstützung der Kommunen in Form eines kommunalen Rettungsschirmes.

Denn was ist systemrelevanter als funktionierende Kommunen?

Es sind die Kommunen, die einen Großteil der Daseinsvorsorge übernehmen, angefangen von Kitas, Tagespflege, Schulen bis hin zur Straßenunterhaltung.

Diese und unzählige weitere Aufgaben übernehmen die Kommunen und hierfür benötigen sie, übrigens auch unabhängig von Corona, eine vernünftige finanzielle Ausstattung.“

Genau dies fordert auch das Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“.

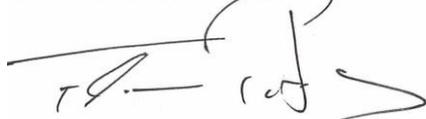
Zitat aus der Wuppertaler Rundschau vom 13. Mai 2020:

„Politik bewährt sich vor Ort“ stellen die Sprecher des Bündnisses „Für die Würde der Städte“, zu denen Wuppertals Stadtdirektor und Kämmerer Dr. Johannes Slawig gehört, in einem Schreiben fest.

Und weiter heißt es, „ ... darin rufen sie die Bündnisstädte dazu auf, die Forderung nach einem „Rettungsschirm“ in den politischen Gremien beschließen zu lassen.“

Dieser Initiative sollten wir uns auch als Stadt Mettmann anschließen. Zudem beantragten wir, dass der Rat der Stadt die anliegende Resolution beschließt. Wir wollen damit ein parteiübergreifendes Zeichen für die Forderung nach einer echten finanziellen Unterstützung der Kommunen setzen. Im Interesse der möglichst breiten Annahme der Resolution, stützt sich die Formulierung auf den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, Die Linke und Freie Wähler zur Sitzung des Rates der Stadt Wuppertal am 22. Juni 2020.

Mit freundlichem Gruß

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Florian Peters', with a large, stylized flourish extending to the right.

Florian Peters
Fraktionsvorsitzender

Resolution „Kommunale Handlungsfähigkeit erhalten“

„Als Rat der Stadt Mettmann begrüßen wir das von der Berliner Koalition beschlossene Konjunkturprogramm zur Bewältigung der aktuellen Krise, in dem Städten und Gemeinden umfangreiche finanzielle Hilfen zum Ausgleich der Corona-Folgen bereitgestellt werden. Hierzu zählen der Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle im laufenden Jahr und vor allem die Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft, die Städten mit zahlreichen Hilfeempfängern eine dauerhafte, strukturelle Entlastung verschafft.

Gemeinsam mit dem Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“, in dem sich inzwischen 70 Mitgliedskommunen mit insgesamt neun Millionen Einwohnern zusammengeschlossen haben, bedauern wir aber ausdrücklich, dass sich der Bund nicht zugleich auf eine zeitnahe Lösung des Altschuldenproblems verständigen konnte.

Unter diesen Umständen sind die vom Grundgesetz zur auskömmlichen Finanzausstattung der Kommunen verpflichteten Länder jetzt gefordert.

Wir erinnern daher die NRW Landesregierung an ihre Zusage zur Beteiligung des Landes am Abbau der kommunalen Altschulden und erwarten, dass nun kurzfristig ein eigenes Konzept für die Lösung des Altschuldenproblems entwickelt und umgesetzt wird, wie es auch andere Bundesländer schon getan haben.

Zur Wiederherstellung der vom Grundgesetz geforderten Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse muss die Landesregierung jetzt unverzüglich eine eigene wirksame Lösung schaffen.

Die Unterstützung des Bundes im Sozialbereich hilft uns zwar neue Schulden zu vermeiden, aber daraus ergeben sich keine oder allenfalls sehr geringe Überschüsse, um Altschulden tilgen zu können. Auch das Risiko steigender Zinsen darf nicht allein den Kommunen aufgebürdet werden.

Ein gemeinsamer, von den Kommunen, den Ländern und dem Bund getragener Altschuldenfonds mit einer langfristig niedrigen Verzinsung der Schulden könnte die Kommunen vom Kostenrisiko steigender Zinslasten befreien und einen wichtigen Beitrag zur Bedienung und zum Abbau der Altschulden leisten.

Ein solches Entschuldungskonzept sollte die vollständige Tilgung der Kassenkredite innerhalb der nächsten 30 Jahre vorsehen. Dazu stehen ohnehin schon mindestens die 440 Millionen Euro jährlich zur Verfügung, die nicht mehr für den Stärkungspakt benötigt werden.

Allerdings wäre nichts gewonnen, wenn es zwar eine Lösung für die Altschulden gäbe, jedoch keine Lösung für die strukturellen Herausforderungen in unserem städtischen Haushalt.

Deshalb ist es gut, dass sich die vorgesehene Entlastung bei den Kosten der Unterkunft nicht allein auf die Folgen der Corona-Krise beschränkt, sondern dauerhaft und dynamisch angelegt ist.

Die Entscheidungen der Bundesregierung entfalten aber erst dann ihre volle Wirkung, wenn die Kommunen von der Altschuldenlast befreit werden.

Im Interesse einer langfristigen Perspektive und einer Garantie für die künftige Handlungsfähigkeit brauchen wir beides - den Abbau der Altschulden und eine ursachenadäquate Neuordnung der Sozillasten, um neue Schulden zu vermeiden.

In der Corona-Pandemie haben wir vor Ort die Entscheidungen von Bund und Land engagiert und zuverlässig umgesetzt. Nur durch konsequentes und umsichtiges Handeln sind wir in der Bekämpfung der Pandemie so weit vorangekommen. Jetzt aber erwarten wir die Solidarität des Landes, um die Daseinsvorsorge in unserer Stadt auf Dauer zu sichern.“

Fraktionsvorsitzender